



Von Angst erfüllt, ohne Arbeit hungern zu müssen, war so der Arbeiter gezwungen, jedem Lohndruck nachzugeben. Und so sanken die Löhne dauernd mit der wachsenden Konkurrenz der Arbeiter gegeneinander.

Die drei bis vier ersten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts sind nicht nur die Geschichte des glänzenden Aufschwunges und Triumphes der modernen Industrie in England und des ungeheuer anschwellenden Reichtums der Unternehmerklasse, sondern auch die Zeit des wachsenden grössten Elends jener Arbeiterklasse, die die thatsächliche Schöpferin dieses Glanzes und Reichtums war.

Dieses fürchterliche Elend schuf jene wahnsinnige Verzweiflung der englischen Industriearbeiter, die sich in rohen und blutigen Hungeraufständen Luft machte. Nicht das Klassenbewusstsein, sondern das verzweifelte Elend rief sie gewaltsam hervor und schweisste die Hungernden zusammen. Die Gerichte und Polizei wüteten unarmherzig gegen jene Zufallsvereinigungen der Elenden und Verzweifelten. Aber es half alles nichts!

Mit dem wachsenden Elend, das die rasend vorwärts stürmende Industrie erzeugte, wuchsen die Ausstände, ihre Ausdehnung und — ihre Schrecken.

Und als die Arbeitermassen, ihre Frauen und Kinder so tief ins Hungerelend sanken, dass der Hungertyphus, die Schwindsucht und Abzehrung zu Tausenden unter den Bewohnern der Pestlöcher — Arbeiterquartiere — fürchterliche Musterung hielt, als die Vertiertheit so tief diese Armen versumpfte und marodierte, dass es ein noch tiefer in den Abgrund der moralischen und seelischen Verkommenheit nicht mehr gab, als die Arbeiter, Männer, Frauen und Kinder selbst zu schwach zur Bedienung der Maschinen wurden, sodass der Ruin der englischen Industrie und durch alles andere vorher auch der Ruin des englischen Volkes bevorstand; da erst, aber nicht früher, kam das englische Bürgertum zur Besinnung.

Und so kam dann endlich im Jahre 1824 die Aufhebung der Koalitionsverbote, das Recht der Arbeiter, sich straflos vereinigen zu dürfen. Wenn auch nach dieser Zeit immer wieder der Versuch gemacht wurde, den Arbeitern die Ausübung dieses Koalitionsrechtes unmöglich zu machen, — es war alles umsonst! Die englischen Arbeiterorganisationen waren eine ökonomische Notwendigkeit geworden und deshalb wuchsen und schwellen und erstarkten sie zu ihrer heutigen gewaltigen Grösse und Macht, die zu brechen unmöglich war und ist.

Sie, die Trades Unions waren es, die die volle Koalitionsfreiheit sich errungen und erkämpft haben.

Man mag von der englischen Arbeiterbewegung halten, was man will, — diese Thatsache ist unlegbar und — ihr Verdienst.

Die Geschichte des englischen Koalitionsrechtes beweist, dass es die wirtschaftlichen Vorgänge sind, die die Gesetze schmieden. Immer ist es die jeweilige Produktionsweise in der kapitalistischen Gesellschaft, die eine Gesellschaftsklasse zur Herrscherin über alle anderen macht, welche dann die Gesetzgebung zur Erhaltung ihrer Machtstellung formt und führt.

Fortsetzung folgt.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

**Haben die Eisenbahner ein Koalitionsrecht?** Diese wichtige Frage, die für den auf dem modernen Gewerkschaftsstandpunkt stehenden Verband der Eisenbahner Deutschlands eine Lebensfrage ist, soll der neue Minister der öffentlichen Arbeiten, Budde, mit einem ebenso entschiedenen »Nein« beantwortet haben, wie sein Vorgänger Thielen. Wie die »Schles. Zig.« aus Berlin zu berichten weiss, sei Minister Budde zwar gewillt, nach Kräften für die Hebung der sozialen Lage der Beamten und Arbeiter der ihm unterstellten Betriebe einzutreten, er werde aber scharf und energisch gegen die Arbeiter vorgehen, welche sich dem »sozialdemokratischen« Verbände angeschlossen haben. Wie sein Vorgänger sei er der Meinung, der Staat könne nicht dulden, dass sich Eisenbahnbedienstete mit der ausgesprochenen Tendenz zusammenschliessen, eine

Lohnerhöhung eventuell durch Gewalt, d. h. durch den Ausstand, zu erzwingen. Die vitalsten Interessen des Staates erheischen gebieterisch das schärfste Einschreiten gegen solche Absichten.

Das warme Herz des neuen Eisenbahnministers für die ihm unterstellten Arbeiter hat zwar bis jetzt noch keinen Anstoss an den völlig unzureichenden Gehaltsverhältnissen und der übermässigen Arbeitszeit sowie an den sonstigen Beschwerden der Eisenbahner gefunden, dagegen hat es sich zu einer einzig dastehenden sozialpolitischen That aufgerafft, die folgender Runderlass über »Warmes Essen« kundet:

»Im allgemeinen sei der grösste Wert darauf zu legen, dass alle Arbeiter Gelegenheit finden, ein warmes Mittagessen zu sich zu nehmen, nötigenfalls das mitgebrachte Mittagessen zu wärmen. Es sei darauf zu halten, dass von dieser Gelegenheit auch Gebrauch gemacht wird. Bei dem Ueberfluss an Abfallholz, namentlich auch an gänzlich unbrauchbaren Schwellen, werde sich eine solche Gelegenheit ohne nennenswerte Kosten schaffen lassen.«

Diese Art Arbeiterfürsorge allerdings ist äusserst billig, denn sie kostet nicht einmal unbrauchbares Abfallholz, weil die Sparsamkeit der Vorgesetzten das Herumliegen solchen Holzes (von einem Ueberfluss garnicht zu reden) überhaupt nicht aufkommen lässt. Und mit Runderlassen kann nicht einmal ein Kaffee aufgemürt werden!

Diese Ministerauslassung giebt nicht bloss der »Kreuzzeitung«, sondern auch der freisinnigen Presse Gelegenheit, ihre Uebereinstimmung mit den preussischen Verwaltungsgrundsätzen, d. h. mit der Vergewaltigung der Hunderttausende von Eisenbahnbeamten und -arbeitern, zu erklären. Wenn die »Kreuzzeitung« erklärt, dass eine Behörde sich auf ein Verhandeln mit aufrührerischen Arbeitermassen nicht einlassen könne, sonst werde ihre Autorität rettungslos verloren sein — so wird niemand etwas anderes von dem Junkerblatt erwartet haben. Wenn aber ein Freisinnigen vom Namen des »Berliner Tageblatt« das Koalitionsrecht der Eisenbahner verneint, weil ein Streik im Eisenbahnbetriebe die Interessen der Allgemeinheit zu schädigen drohe — so kennzeichnet ein solches schäbiges Verhalten treffend die Heuchelei des bürgerlichen Freisinn. Zwar will das Blatt die Eisenbahner dadurch entschädigen, dass es für sie ausreichende Besoldung verlangt. Wie wenig ernst indess sein Eintreten für die Rechte und Interessen der Eisenbahnbeamten gemeint ist, das zeigt seine scharfmacherische Aufforderung an die Eisenbahnverwaltung, den Koalitionsbestrebungen des Eisenbahnpersonals andauernd die schärfste Aufmerksamkeit zuzuwenden und rechtzeitig diejenigen Mittel zu ergreifen, die einen drohenden Streik unmöglich machen.

»Nieder mit dem Koalitionsrecht, wenn es die angeblichen Interessen der Allgemeinheit bedroht! Nach dieser Parole wird der bürgerliche Freisinn niemals ein Koalitionsrecht der Landarbeiter und Dienstboten anerkennen und ein Koalitionsverbot gegen die Strassenbahner und Kutscher, Seelute und Hafenarbeiter, gegen alle Gemeindebetriebsarbeiter und gegen die Arbeiter aller Nahrungsmittelgewerbe dürfte sicher auf seine Zustimmung rechnen. Es ist ja so leicht, eine Gefahr für die Interessen der Allgemeinheit zu entdecken. Selbst die selbige Zuchtanstalt hat sich die Begründung ihres Ausnahmezustandes nicht so leicht gemacht.

»Freie Bahn für die Unterdrückung der Rechte und freien Meinung derjenigen Arbeiter, die ihre Arbeitskraft in den Dienst eines Staatsbetriebes stellen.« Das ist die Parole einer bürgerlichen Demokratie, die die staatlichen Monopole und Privilegien auf's heftigste bekämpfte und deren einstige Führer das Koalitionsrecht unterschiedlos für alle Arbeiter verlangten, — die Parole einer Gruppe von Leuten, die sich einst als Väter der Koalitionsfreiheit brüsteten und die heute für jeden Verrat dieses Rechtes zu haben sind. Und dieser Partei leisten heute noch die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine willige Heeresfolge und entrüsten sich obendrein, wenn man ihr Verhalten als der Arbeiterklasse unwürdig brandmarkt. Die Eisenbahner werden sich an die Koalitionsfeindschaft ihres neuen Chefs ebensowenig kehren, als an die systematische Koalitionsverfolgung unter Thielen's Regiment. Sie wissen, dass kein Gesetz im ganzen Reich ihnen die Organisation verbietet, und wenn die Herren von der Verwaltung ihnen dieses Recht nicht gestatten wollen, so werden sie es sich, Kraft ihres Staatsbürgerbewusstseins, einfach nehmen!

## Sonderorganisation und Streikbruch.

Wohin die systematische Bekämpfung der einheitlichen Gewerkschaftszentralisation führt, zeigt drastisch ein Streit im Berliner Töpferberufe, der sich zu einem öffentlichen Gewerkschaftsskandal ausgewachsen hat, — zur zielbewussten Streikbruchzucht der Lokalorganisierten. Nachdem die Mehrheit der Berliner Töpfer, des Organisationsstreites müde, den alten Lokalverein zu Gunsten des Zentralverbandes aufgelöst hatte, bildete sich in der Stille ein neuer Lokalverein, der dem Verband bei jeder Gelegenheit in die Flanken fiel. Vor einiger Zeit regelte der Verband gemeinsam mit den Meistern die Arbeitsnachweisfrage in paritätischem Sinne; die bezüglichen Bestimmungen wurden in öffentlicher Töpferversammlung (von ca. 1000 Personen) ange-

nommen und auch die Meister erklärten sie für sich bindend. Nicht so die Lokalorganisierten, die in einer von knapp 300 Personen besuchten Versammlung gegen diese Regelung protestieren wollten. Die Versammlung entschied gegen sie und verweigerte die Abstimmung. Darauf wurden von einer späteren Töpferversammlung alle Arbeitgeber, die den Arbeitsnachweis umgehen, gesperrt und alle Durchbrechungen dieser Sperre seitens der Arbeiter dem Tarif- und Streikbruch gleichgeachtet. Dem ersten gesperrten Arbeitgeber stellten aber die Lokalorganisierten Ersatzkräfte zur Verfügung. Dass eine solche organisierte Unsolidarität nicht anders als Streikbruch bezeichnet werden kann, darüber war die übergrosse Mehrheit der Berliner Töpfer einer Meinung.

Diese Ueberzeugung teilt auch die Berliner Gewerkschaftskommission, die in einer Sitzung vom 8. September eine scharfe Entrüstungserklärung gegen diese schädigende Handlungsweise der Lokalistens beschluss. In der Debatte wurde auf den unhaltbaren Zustand hingewiesen, dass die Arbeiterpresse den Quartierherrscher ihren Raum ebenso wie den Gewerkschaften zur Verfügung stelle und ihnen dadurch zu einiger Bedeutung verhele. Auch wurden die Zersplitterungsversuche der Lokalorganisierten im Baugewerbe und anlässlich des Uebertritts der rheinischen Weber zum Textilarbeiterverband gerandmarkt.

Dass die Propaganda der Organisationszersplitterung konsequent zur Streikbrecherei führen muss, ist längst jedem Einsichtigen klar. Damit verscherzen sich diese Elemente auch den letzten Rest jener Achtung in der gesamten Arbeiterbewegung und können keinen Anspruch mehr darauf erheben, als Genossen anerkannt zu werden. Ihr Platz ist ausserhalb der klassenbewussten Arbeiterschaft, die sich nie zu der Konzession verstehen wird, dass es einen durch prinzipielle Ueberzeugung geadelten Streikbruch geben könne.

Die gleiche Wirkung wird die Taktik der Lithographen-Sonderorganisation erzielen, welche dieselbe auf ihrem zweiten Verbandstage durch folgende Resolution festgelegt hat:

»Der zweite Verbandstag des Vereins der Lithographen, Kartographen, Chemigraphen und im graphischen Gewerbe thätigen Zeichner beschliesst: In Erwägung, dass tarifliche Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit bindend regeln, die Interessen der Arbeiter schädigen, da solche Vereinbarungen die eigene Initiative des Einzelnen und die Aktionsfähigkeit der in Betracht kommenden Gewerkschaft beseitigt, erklärt der Verbandstag, den Beschluss der vierten Generalversammlung des Vereins der Lithographen, Steindruckere und Berufsgenossen Deutschlands, die Einführung einer derartigen Tarifgemeinschaft betreffend, für einen grossen Fehler. Der (Sonder-) Verband erhält deshalb die Verpflichtung, die Ausführung dieses Beschlusses des alten Vereins mit aller Energie verhindern zu suchen. Eine Tarifgemeinschaft ist deshalb schon im speziellen für den Beruf der Lithographen von grosser Gefahr, weil durch diese die Akkord- und Heimarbeiter sanktioniert (!) und die Löhne schematisch geregelt würden. Dem Einzelnen wird die Möglichkeit genommen, für seine individuellen künstlerischen Leistungen eine entsprechende Bezahlung zu erlangen. (O sancta simplicitas! Nach welchem Modus wird denn nur jetzt gezahlt.) Auch muss durch diese schematische Regelung der Arbeitsverhältnisse das Ansehen der Thätigkeit der Lithographen in Kunstkreisen leiden und würde dieselbe mehr und mehr als handwerksmässige Arbeit betrachtet werden, nach der sich demgemäss auch die Bezahlung richten würde. (Geschieht leider schon lange.) Selbstverständlich ist der Verband jederzeit bereit, nach wie vor mit den Unternehmern über Regelung beruflicher Angelegenheiten in friedlicher Weise in Unterhandlung zu treten.«

Der langen Resolution kurzer Sinn: **Querstreikerei.**

Seit Jahren bemüht sich unser Verein, für die in unserem gesamten Berufe beschäftigte Arbeiterschaft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, und erfreulicherweise bricht sich die Erkenntnis immer mehr Bahn, dass eine grosse Zentralorganisation mit mehr Erfolg im stande ist, den gewerkschaftlichen Kampf gegen Ausbeutung und Bedrückung zu führen, als kleine, auf einzelne Branchen beschränkte Organisationen.

Mit wie schweren Hindernissen auch die Organisationen der Arbeiterklasse zu rechnen haben, keinschädigt so sehr die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft als die Missachtung der Disziplin in den eigenen Reihen. Die Hindernisse, die der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den Weg gelegt werden durch die brutalen Unterdrückungsversuche unserer rückständigen Kapitalisten, die Entfaltung der Arbeiterorganisationen zu unterbinden und zu hemmen, schlagen in ihr Gegenteil um, denn sie festigen das Solidaritätsgefühl der kämpfenden Masse und tragen schliesslich immer nur zur Kräftigung ihrer Bewegung bei. Die Missachtung der Disziplin in den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse schädigt jedoch die Sache der Organisation, denn sie spaltet und sondert die kämpfenden Scharen und befestigt nur die Macht der vereinigten Unternehmerklasse.



